

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60**. Monatlich 55 Pf. Postzustellungsliste Nr. 4084 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 96.

Dienstag, den 26. April 1898.

5. Jahrgang.

Genossen! Genossinnen!

Der 1. Mai naht!

Wiederum rüstet sich in allen Kulturländern das Klassenbewusste Proletariat, das Maifest der Arbeit würdig zu begehen. In der alten, wie in der neuen Welt, wird wiederum zu gleicher Zeit der Ruf erschallen:

Arbeiterschuh! Achtstundentag!

Gewaltig ist die Bewegung angewachsen, die zur endlichen Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Mammons führen soll. Das Klassenbewusste Proletariat weiß, daß die Erringung des Achtstundentages eine der wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie ist, und mächtiger und mächtiger erschallt an jedem 1. Mai:

Acht Stunden Arbeit! Acht Stunden Erholung! Acht Stunden Schlaf!

In diesem Jahre hat der Maientag der Arbeit in Deutschland auch eine politische Bedeutung. Frecher und unverschämter denn je erhebt die Reaktion ihr Haupt. Die letzten spärlichen Rechte und Freiheiten der arbeitenden Klassen sind bedroht.

Das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Freizügigkeit sollen beschnitten werden. Der Arbeiterschuh wandelt sich in Arbeitertrutz, die Freiheit in Hörigkeit, das Recht in Sklaverei! Ein unerhörter Druck durch Steuern und Hochschulzölle aller Art für Militarismus und Liebesgabenpolitik steht in Aussicht!

Das Proletariat rüstet sich zur Abwehr, denn nur auf seine eigene Kraft kann es rechnen. Die Glocken der proletarischen Maifeier läuten den Wahllampf ein. Darum muß das Maifest der Arbeit auch zu einer achtungsgebietenden, gewaltigen Heerschau des Proletariats werden, das unter seinen sieggewohnten Fahnen mit stolzem Muth in den Kampf zieht

für Freiheit und Recht, für Gleichheit und Brüderlichkeit, für Völkerverfrieden und Glück!

Kampf der Unterdrückung! Kampf der Entrechtung! Kampf der Ausbeutung!

Genossen, Genossinnen, sorgt dafür, daß dieser Ruf den Gegnern donnernd in die Ohren stürzt! Die Massenbetheiligung am Weltfeste der Arbeit muß bekunden, daß Ihr zur Abwehr fest entschlossen seid. Noch hatten wir die Waffe des allgemeinen und geheimen Wahlrechts in der Faust. Wir werden sie zu führen wissen!

Auf zum Wahlkampf! Rüstet Euch zur proletarischen Heerschau am 1. Mai!

An die Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins und des Fürstenthums Lübeck.

Genossen! Die Reichstagswahlen rücken näher und näher, in vielen Wahlkreisen hat der Wahlkampf bereits begonnen. Derselbe wird diesmal ziemlich heftig auf allen Linien entbrennen.

Die Reaktion wird alles mögliche ins Feld führen, um die große Masse der Entrechteten und Enterbten noch mehr zu knechten und zu unterdrücken, wie ja auch bereits seitens der Fraktion in den Wahlaufrufen gesagt ist.

Da heißt es denn eine Agitation zu entfalten, um alle rückständigen Elemente an ihre Pflichten zu erinnern, damit sie nicht aus Laune oder irgend einem andern Grunde am Wahltag der Wahlurne fernbleiben. Da gilt es, auch das Interesse der Frauen an den politischen Kämpfen der Männer wachzurufen, damit sie, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt am Wahltag ihre Männer, sowie männliche Angehörige anspornen, ihre Pflicht zu erfüllen und nur den Kandidaten ihre Stimme zu geben, die wirklich die Rechte des Volkes im Parlament zu vertreten sich verpflichten.

Die Agitationskommission ist nun der Ansicht, daß öffentliche Volksversammlungen allerorts abgehalten werden, wo auch weitere Aufklärungen, speziell den Frauen, über die Reichstagswahlen gegeben werden.

Die Referate zu diesen Versammlungen, die anfangs Mai stattfinden sollen, haben die Genossinnen Thier-Berlin, Köhler-Wandsbek, Biez-Hamburg und der Genosse Paul Jahn-Berlin bereitwillig übernommen.

Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte, die Versammlungen wünschen, werden ersucht, spätestens bis zum 1. Mai sich an den Genossen S. Lienu, Neumünster, Kleinflecken Nr. 7, zu wenden, damit die Touren rechtzeitig zusammengestellt werden können.

Auf, ans Werk! Es gilt neue Kämpfer und Kämpferinnen für die völkerbefreiende Sozialdemokratie zu gewinnen!

Die Agitationskommission.

Aufruf

an die sozialdemokratischen Vertrauensleute in Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Bremen und Lübeck.

Genossen! Wir stehen im Beginn einer Kampfperiode. Die Reichstagswahl naht, die Zeit, da wir wiederum unsere Kraft ausproben werden. Darum ist es Zeit, daß wir uns rüsten. Wie jeder ernste politische Vorfall, so regt auch die Reichstagswahl die Gemüther der unterjochten Masse auf, und bietet uns eine gute Gelegenheit, auf die noch rückständige Menge erfolgreicher

als sonst agitatorisch zu wirken. Genossen! Ihr wißt, wie schwer es fällt, unter die indifferenten Arbeiter etwas Licht zu bringen, ihnen verständlich zu machen, wie sie sich aus ihrer schwer bedrängten Lage herausheben können. Desto schwerer ist es aber, unter einer fremdsprachigen Menge agitieren zu wollen, ohne verständliches Material zur Hilfe zu haben. Wir haben hier die partei- und schaaenweise in allen Nord- und Westgegenden Deutschlands arbeitenden polnischen Arbeiter. Darum bringen wir Euch wiederum in Erinnerung, daß von uns polnische Agitationschriften unentgeltlich zu beziehen sind; speziell zu der bevorstehenden Reichstagswahl haben wir Broschüren wie auch Flugblätter vorrätig, die sehr populär und leicht verständlich gehalten sind und darum sehr wirksam sein werden. Nun, Genossen, müchtet wir Euch ersuchen, um das Material nicht unnütz zu vergeuden, eine Umschau in Euren Kreise zu halten, woviel Exemplare Ihr nöthig habt, dies uns mittheilen zu wollen und, um jedem Mißbrauch vorzubeugen, außer Euren Namen auch den Stempel hinzuzusetzen. Genossen, unterstützt uns hierbei thätig, dann werden auch unsere gemeinsamen Bemühungen gute Früchte bringen. Jede Anfrage wolle man richten an L. Sglincki, Kraienkamp 12, Hamburg.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die polnische Agitationskommission für Norddeutschland.

Biolkiewicz, Wybor. Prusiewicz.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Der Termin für die Reichstagswahlen ist jetzt im „Reichsanzeiger“ in einer kaiserlichen Verordnung, gegeben Homburg v. d. H., den 22. April 1898, bekannt gemacht. „Die Wahlen zum Reichstage sind am 16. Juni 1898 vorzunehmen.“ Bis dahin sind nicht mehr ganz acht Wochen. Von dieser knappen Zeit wird der Reichstag zur Erledigung seiner Arbeiten, die am Dienstag wieder aufgenommen werden, noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, wenigstens ein größerer Theil derselben, dürften dadurch in der persönlichen Wahlpropaganda in ihren Kreisen einigermassen behindert werden. Um so mehr ist es Pflicht aller Genossen, mit aller Thatkraft sich der Propaganda zu widmen. Die jetzt mehr oder weniger behinderten Abgeordneten werden selbstverständlich bemüht sein, das, was sie in der Ausübung ihres Mandats an Agitation versäumen müssen, nach Schluß der Session nachzuholen.

Parteiengenossen! Nun beweiset wieder Eure so oft bewährte Energie, Ausdauer und Opferfreudigkeit. Vor allen Dingen habt Ihr überall für massenhaften Besuch unserer Versammlungen zu sorgen,

denn über gar viele für die Neuwahlen in Betracht kommende wichtige Fragen und Ereignisse ist den Massen der Wähler noch Aufschluß zu geben.

Und Ihr, Genossinnen, sollt mit den Männern in der Propaganda weiteisen, ein gutes Beispiel zu geben. Wo ein Mann sich lässig zeigen sollte, da beschämt ihn! Das ist das beste Mittel, ihn zur Erfüllung seiner Pflicht für die von den Mächten der Reaktion so schwer bedrohte Volksfrage zu zwingen.

Ein kurzer Wahlkampf steht uns bevor; aber ein gewaltiger wird er werden, wie es wohl noch keinen in Deutschland gegeben hat.

Ihr, Freunde, denen das Vertrauen der Genossen ein leitendes Amt übertragen hat in der politischen Organisation, gebt das Kommando und „laßt marschieren, laßt marschieren die wackeren Schaaen gegen den Feind!“

Verstedtspielen. Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ tadelt es, daß der Wahltermin so spät bekannt gegeben worden ist. Sie schreibt wörtlich:

„Wenn auch die Abkürzung der Agitationszeit wünschenswert ist, so können wir doch durchaus nicht verstehen, weshalb man mit dem Wahltag so lange Verstedens gespielt hat. Wir begreifen das um so weniger, als bereits vor Wochen bestimmt mitgetheilt wurde, daß der Großherzoglichen Regierung in Sachsen-Weimar der 16. Juni als Wahltag bekannt gegeben worden sei. Die früher regelmäßig geübte Sitte des Geheimhaltens solcher Anordnungen hat jetzt und gerade in diesem Falle durchaus keinen Sinn und Zweck.“

Reichstagswahl und Militarismus. Die Berliner „Volksztg.“ schreibt:

„In der in verschiedenen Zeitungen gebrachten Nachricht bezüglich einer stärkeren Heranziehung der Reserven zur Werbung in diesem Jahre sind wir in der Lage, mittheilen zu können, daß die militärische Maßnahme mit den Wahlen nichts zu thun hat. Der Einberufungsplan ist schon vor zwei Jahren festgesetzt worden, die Einziehung der Reservisten hat schon begonnen, und zur Zeit des Wahltages wird der größere Theil der Reservisten bereits entlassen sein. — Es wäre aber bedauerlich, wenn auch nur ein Theil der Wähler sich außer Stande sähe, sich an der Wahl zu betheiligen.“

Es wird sich wohl Gelegenheit bieten, im Reichstage die Sache zur Sprache zu bringen.

Die Freizügigkeits-Debatte im preussische Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag zu Ende geführt worden. Sie verlief unter weiteren scharfen Angriffen gegen den bestehenden Rechtszustand. Nachdem der Centrumsabgeordnete Latacz verkündet hatte, daß die Zulassung auswärtiger, besonders polnischer Arbeiter, den „vaterländischen Interessen“ nicht widerspreche und es besonders an Gesinde fehle, vertheidigte Geheimrath Konrad die Regierung gegen die vom Abgeordneten von Kethofen erhobene Beschuldigung, daß die Vorschriften, betreffend die Unternehmung des Gewerbebetriebes der Stellenvermittlung, nicht ausreichend gehandhabt werden. Dann wies der nationalliberale Abgeordnete Seer die Behauptung der Agrarier, daß ein permanenter Arbeitermangel vorhanden, als unhaltbar zurück. Er rieth den Grund-

bestern, mehr Wohnungen zu bauen und sich verheirathete Knechte zu nehmen, sowie mehr auf das System der Naturallohne Bedacht zu nehmen. Der Landwirtschaftsminister mußte sich vom Zentrumsgesandten Grafen Vallestrera lassen, daß die von ihm in Aussicht gestellte Befreiung der „Auswähse“ der Freizügigkeit nicht möglich sei, ohne die Freizügigkeit selbst anzugreifen!

Gegenüber dem Interpellanten v. Samula machte der Minister folgende Bemerkung:

„Der Samula hat in einer seiner Neben behauptet, die Industrie werde bezüglich der Zulassung russisch-polnische Arbeiter günstiger behandelt als die Landwirtschaft. In den vier sibirischen Provinzen werden russisch-polnische Arbeiter sowohl für die Landwirtschaft als für landwirtschaftliche Nebengewerbe als auch für die Industrie unter vollständig gleichen Bedingungen zugelassen, in den übrigen Provinzen nur zur Arbeit in der Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Nebengewerben. Sollte in einem einzelnen Falle im Negierungsbezirk Doppeln eine längere Zulassung in der Industrie eingetret sein, so handelt es sich zweifellos um besondere Verhältnisse und um einen Ausnahmefall. Generell wird die Landwirtschaft günstiger in dieser Beziehung behandelt.“

Der deutsch-konservative Abgeordnete v. Korn meinte: „Die Auswähse der Freizügigkeit müssen beseitigt werden. Das läßt sich sehr wohl auf dem Gebiete des Wohnungswesens machen. Man kann auch sehr wohl dafür sorgen, daß minderjährige Kinder nur dann in die großen Städte kommen, wenn dafür gesorgt wird, daß sie unter Nacht und Aufsicht stehen. Einer der wichtigsten Punkte ist die Bekämpfung des Kontraktbruchs. Es handelt sich hier wirklich nicht um ein Privatrecht, sondern um ein eminentes öffentliches Recht. Es giebt keine größere Verletzung von Treu und Glauben, als wenn die Leute weglaufen. (11) Der Kontraktbruch müßte schwer bestraft werden, und wenn es nur wäre, an dem Volke das Rechtsgesetz zu erhalten. Heute thut eine Schatzgeheubung eher für den Arbeitgeber als für den Arbeiter noth. Wie das Gesinde von den Vermittlern verführt wird, das ist ein Skandal, das ist geradezu ein Stück europäisches Sklavenleben. Früher konnte man sich das Gesinde zurückholen, heute nicht mehr. Ich verlange ausdrücklich, daß auch die Anstiftung zum Kontraktbruch streng bestraft wird, selbst wenn sie nicht von Erfolg begleitet ist.“

Neulich sprach der Vertreter derselben Partei, der Abg. v. Wendel, sich aus. Er bemerkte u. A.:

„Mit dem Arbeitsnachweis des Militärs haben wir sehr schlechte Resultate erzielt. Die entlassenen Soldaten wollen nicht mehr Bauerrechte werden. In Sachen hat die Landwirtschaftskammer einen Arbeitsnachweis eingerichtet, den ich zur Nachahmung empfehle. Er bemüht sich den Kontraktbruch zu bekämpfen und auch der Aufwiegelung durch die Sozialdemokraten entgegenzutreten. Er hat dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen Redakteure mit Buchthaus und Gefängniß wegen Verleumdung der Arbeitgeber bestraft werden. Im höchsten öffentlichen Interesse ist es, die Schulinder in den Ferien und freien Tagen auf dem Lande zu beschäftigen. Daß das zu Nützlichen führt, ist ein Unsin. Der Kontraktbruch muß bestraft werden.“

Ein beachtenswerthes Eingeständniß, daß ein Arbeitsnachweis die Justiz „scharf machen“ kann!

Ein Schlufwort des Interpellanten beendete die interessante Debatte. Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß zu dieser so eminent wichtigen Frage, bei der es sich um eine Massenfreiheitsberaubung handelt, in den zwei Tagen der Debatte kein einziger Vertreter der freisinnigen Volkspartei das Wort ergriffen hat zum Schutze der bedrohten Freiheit!!! Das ist unerhört, umsomehr, als wohl selten eine bessere Gelegenheit dargeboten ist, in parlamentarischen Verhandlungen die Begehrlichkeit und die brutale Volksfeindschaft des Agrarierthums kritisch und vernichtend zu beleuchten. Die Berliner „Volks-Zeitung“ konstatiert diese Thatsache ebenfalls und meint dazu:

„Sollten sämtliche freisinnige Abgeordnete während der letzten beiden Tage mit der Abfassung von Flugblättern gegen die Sozialdemokratie beschäftigt gewesen sein?“

Bei den Landtagswahlen in Altenburg ist außer den vier bisherigen Sozialdemokraten ein fünfter gewählt worden, Genosse Horn für die Städte Eisenberg, Kahla u. Genosse Schüler (Honneburg) ging durch mit einer Mehrheit von drei Stimmen.

„Leutenoth“. Ueber die bereits erwähnte Agrarierdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus schreibt die „Frankfurter Zeitung“ u. A.:

„Als Herr von Hammerstein vor das preussische Abgeordnetenhaus trat, um ihm über die Frage der landlichen Arbeiternoth und im Zusammenhang damit über die Frage der Freizügigkeit eine Erklärung — eine Erklärung von geschichtlicher Bedeutung — abzugeben, war bereits der Weg beschritten, der zur Aufhebung der Freizügigkeit führt. Das geschah durch die schon mitgetheilte Verfügung, nach welcher vom Minister für öffentliche Arbeiten hinsichtlich der Anstellung von Staatsbauern bestimmt wird, daß der sechste Absatz des § 11 der durch Erlass vom 23. September 1886 festgesetzten Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Anstellung von Erb-, Fels-, Rodungs- und Pflanzungs-Arbeitern — welcher lautet: „Bei der Anahme von Arbeitern sind die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der betreffenden Arbeitsstellen wohnenden geeigneten Arbeiter vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen.“ — bei der Vergütung derartiger Arbeiter bis auf Weiteres zu streichen ist.“ Was durch diese Verfügung beabsichtigt und erzielt wird, ist klar. In Zukunft werden die Staatsbauern ausländische Arbeiter stark herangezogen und dadurch die deutschen Landarbeiter des Ostens, die den dortigen elenden Erwerb- und Lebensverhältnissen entziehen, durch Arbeit bei öffentlichen Bauten ihre Lage bessern wollen, zurückgedrängt. Sie werden dadurch indirekt gezwungen, an ihrem bisherigen Arbeitsplatz zu bleiben, sie sind also thatsächlich an die Scholle gefesselt. Wir sind gewiß nicht diejenigen, die einer eugherzigen Politik das Wort reden, aber das halten wir doch für selbstverständlich, daß staatliche Unternehmungen, die doch nach einem bekannten Worte „Musterbetriebe“ sein sollen, so weit als möglich deutsche Arbeiter den ausländischen vorziehen, daß sie nicht die ärgsten Schöndrücker, wie es die Russen, Galizier u. A. sind, geradezu noch in's Land ziehen, um deutsche Arbeitskräfte zu erhalten, die — wie amtlich ermittelt wurde — in einer Weise entlohnt werden, die himmelstreichend ist. Oder ist es etwa eine menschenwürdige Bezahlung,

wenn man z. B. in Mittelfrösten auf dem Lande männliche Arbeiter mit 35 Pfg., weibliche mit 50 Pfg., weibliche jugendliche Arbeiter mit 35 Pfg. entlohnt, wobei aber nicht etwa außerdem noch Naturalien verabfolgt werden? Jedermann muß zugeben, daß eine solche Politik Alles übertrifft, was vorher von der preussischen Regierung in Reaktion geleistet worden ist.

Aber nur das, was vorher war! Die darauf folgende Erklärung des Landwirtschaftsministers darf sich damit messen. Herr von Hammerstein hat gestern die Interpellation Samula — der bekanntlich ein Mitglied des „arbeiterfreundlichen“ Centrums ist — beantwortet, welche die Frage stellt, was die Regierung zu thun beabsichtige, um der Arbeiternoth auf dem Lande abzuwehren. Der Herr Minister ähnte eine ganze Vitane von Maßregeln auf, welche die Regierung ergreifen wolle und kam schließlich zu der hochbedeutenden Erklärung: „Ferner ist zu erwägen, ob und durch welche Maßnahmen eine Beschränkung der Auswähse des Rechtes auf Freizügigkeit, das an sich unbedingt bleiben muß, zu erheben sein wird.“ Wenn man nicht wüßte, was es mit diplomatischen Rundgebungen für eine Bewandniß hat, so müßte man sagen, daß diese Erklärung ein Widerspruch in sich selbst ist. Denn entweder ist der Reich frei und kann gehen, wohin es ihm beliebt, oder er kann es nicht. Im ersten Fall, und nur im ersten Falle besteht Freizügigkeit. Will man nun diese erhalten, so giebt es eben gar kein Mittel, beispielsweise zu verhindern, daß mehr Arbeiter in ein Industriegebiet ziehen, als da Arbeitsstellen vorhanden sind, wenn eben die Arbeiter dorthin zu gehen gewillt sind. Gerade dies hat der Herr Minister als „Auswähse“ bezeichnet. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel, daß es sich in dieser Sache so verhält, wie mit der Auswähse, die viele Fabrikanten der Koalitionsfreiheit entgegenbringen. Diese Herren erklären jedem, der es hören will, im freiesten Bräutone der Ueberzeugung, daß sie die Koalitionsfreiheit der Arbeiter durchaus anerkennen, nur — meinen sie — könnte man doch nicht verlangen, daß sie ihren Arbeitern eintraten! So auch in der Frage der Freizügigkeit. In ihrer platonischen Anerkennung ist die preussische Regierung gerne bereit. Worum auch nicht? Es wäre doch höchst unpolitisch, gleich mit der nothen Abhilfe zu kommen. Unsere Zeit — die Zeit der lox Heirath — liebt das Klack nicht, darum hält man ein diplomatisches Mäntelchen vor — das Mäntelchen der „Auswähse“. Aber das müßten schon arge politische Kinder sein, die sich dadurch irre machen ließen. Nein, klar ist es geworden, klar, schrecklich klar, daß die Freizügigkeit zernagt werden soll, diese herrliche Errungenschaft langer Kämpfe, dieses theuer erkauete Gut des modernen Menschen. Klar ist es, daß man voran sinnt, wieder einen Stand von deutscher Größe zu schaffen, bei dessen Ueblich Göttin Justitia in Thränen ausbrechen müßte.

Die Mittel, die dazu führen sollen, sind bekannt. Man wird versuchen, den Städten die Verpflichtung anzuerkennen, daß sie ein Zugungsgeld erheben, und anßerdem den Zugang zum dem Nachweise einer gesunden Wohnung, eines sicheren Einkommens, einer festen Beschäftigung in der Stadt u. dgl. abhängig machen. Nur bei Erfüllung solcher Bedingungen wird die Behörde auf dem Lande dem Arbeiter gestatten zu wandern. Man kann sich denken, daß Landarbeiter fast niemals in der Lage sein werden, diesen Forderungen Genüge zu leisten, daß sie also thatsächlich zu Schuldenpflichtigen herabstufen werden. Und man glaube nicht, daß diese Pläne nur Produkte unserer Phantasie seien. Nein, erst vor wenigen Tagen haben „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ in dieser Weise sich ausgesprochen. Uebrigens sind auch in der geistigen Sphäre des Abgeordnetenhauses, ganz abgesehen von der ministeriellen Erklärung, Neuerungen gefallen, die einen tiefen Einblick in den Gedankenkreis unserer Konservativen gestatten. So hat Herr von Nichtsofen uns mühsam seinen Groll über die Bauernbesetzung zurückgedrängt, und der Landwirtschaftsminister hat in seiner zweiten Rede erklärt, er würde die Freizügigkeit nicht einführen, wenn der Deutsche sei ja gewohnt, an die Scholle gefesselt zu sein, auch habe er früher dabei sich wohl gefühlt. Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Man überlasse es doch dem Deutschen, selbst über sich zu bestimmen! Und hat Herr von Hammerstein niemals von dem unamensosen Fleub gehört, das Leibeigenschaft und Robot über die ländliche Bevölkerung, soweit sie nicht privilegiert war, gebracht hat?

Die Epigonen haben leider ein kurzes, alzu kurzes Gedächtniß. Wäre die Erinnerung an die vorwärtslichen bäuerlichen Zustände noch so lebendig, wie sie es zur Zeit des preussischen Verfassungskampfes war, wahrlich, wir würden wieder das erhebende Schauspiel sehen, das damals dem Völkern sich bot, als Alles Bürger und Bauer — fest zusammenstand gegen den einen innern Feind, gegen den Zauter. Aber noch ist es nicht zu spät. Man hat uns dadurch, daß man die Freizügigkeit bedroht, ein herrliches Agitationsmittel gegeben. Rührt es, Freunde des Fortschritts. Zeigt allerwegen, wohin man uns führen will. Die Freizügigkeit der Vereine mit den anderen benennenden Fragen des Tages kann dem Fortschritt Sieg bringen. Der Schlachtraf ist: Sie Freiheit!

Amerika.

Zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten haben die Feindseligkeiten bereits begonnen, wenn auch noch kein Blut geflossen ist, sondern nur ein spanisches Handelsschiff mit 1000 Mauleseln die Opfer sind. Ueber die Beschlagnahme des Handelsschiffes wird zur gestrigen Nachricht ergänzend aus Key West gemeldet: Der amerikanische Kreuzer „Mashville“ schleppte heute Nachmittag das spanische Rauffahrtsschiff, die „Buenaventura“, in den Hafen. Die Bewohner der Stadt zeigten große Begeisterung, stellten die Arbeit ein und sammelten sich im Hafen, um das aufgebrachte Schiff zu sehen. „Mashville“ hatte zuerst einen blinden Schuß abgegeben, als aber „Buenaventura“ die Mahnung nicht beachtete, feuerte ersterer einen Sechspfünder ab. Die Mannschaft des „Buenaventura“ — zwanzig an der Zahl — ergab sich hierauf.

Die Maulesel wurden in New Orleans als Kriegskontrebände weggenommen. Das amerikanische Kriegsministerium braucht 4000 Maulesel, welche zum Transport auf Kuba nöthig sind. Der gewöhnliche Preis ist ungefähr 320 Mk., allein es konnten nur 600 Stück für 360 Mk. angekauft werden, während für die übrigen im Durchschnitt 600 Mk. und darüber verlangt wurden. Die Agenten der Regierung suchten sich darauf diese nützlichen Thiere im Süden zu verschaffen — und da kam die Senburg für spanische Rechnung sehr gelegen. Der spanische Konsul protestirte, weil der Krieg noch nicht erklärt sei, aber ohne Erfolg.

Ueber die beabsichtigten kriegerischen Bewegungen der Amerikaner wird dem „Daily Chronicle“ nach Angaben eines Rabinetsmitgliedes aus Washington berichtet: Kommodore San pions Key West flotte werde sofort auslaufen, um Schiffe mit Proviant für die Nothleidenden nach Kuba zu geleiten. Die Flotte werde sich vor-

läufig nicht auf Feindseligkeiten einlassen, sondern die Insel blockiren, bis eine Okkupationsarmee nach Kuba gesendet werden könne. Falls sie nicht von den Spaniern beschossen werde, werde die Flotte keinen Schuß abfeuern, bis die Armee landungsbereit sei. Es dürften zwei Wochen verstreichen, ehe die Armee eingeschifft werden könne.

In einer Proklamation McKinleys wird die Blockade der Nordküste von Kuba zwischen Cardenas und Bahia Honda, sowie des Hafens Cienfuegos an der Südküste bekannt gegeben. — McKinley unterzeichnete die Resolution des Kongresses, welche die Ausfuhr von Kohle verbietet.

Die Friedensfreunde im Cabinet McKinleys ziehen sich aus demselben zurück, Generalpostmeister Gar y schied unter dem Vorwande der Kränklichkeit aus und noch ein weiterer Minister, der gegen den Krieg war, soll abgehen wollen.

In Spanien ist man noch nicht über das Stadium der Berathungen hinausgekommen, wozu eine in der Stille sich abspielende Ministerkrise die Hauptveranlassung zu sein scheint. Ob Herr Sagasta, der liberale Ministerpräsident, sich der Verantwortlichkeit entziehen möchte, oder ob er der Unterstützung der Konservativen nicht sicher genug zu sein glaubt, ist aus den ein- tausenden Nachrichten nicht klar zu ersehen. Vom 22. April liegen aus Madrid folgende Nachrichten darüber vor:

Die Königin-Regentin konferirte heute früh mit verschiedenen Politikern, insbesondere mit General Weyler. Man glaubt, daß die Regentin heute Abend Sagasta ihr Vertrauen aussprechen werde. Dieser wird thun, was er kann, um alle jetzigen Minister zum Verbleiben zu bewegen. Trotz gewisser Spannungen persönlicher Art ist es möglich, daß alle Minister den Wünschen Sagastas nachkommen. — Die Königin-Regentin hatte eine Unterredung mit Admiral Chacon, welcher die Ansicht aussprach, daß die Liberalen die Geschäfte weiterführen müßten. Betreffs der spanischen Flotte äußerte sich der Admiral sehr zuversichtlich.

Ein Telegramm vom 23. April meldet dann weiter: In wiederholten Besprechungen der Königin-Regentin mit Silvela, dem Führer der konservativen Partei, äußerte dieser, nach den Erklärungen des Marschalls Martinez Campos hätte er nichts weiter zu sagen, da er derselben Meinung wäre wie Campos. Der dissidente Konservative Robledo rieth der Königin-Regentin, keinerlei Persönlichkeiten zu bevorzugen, sondern jede nur nach ihren Ideen und Grundrissen zu beurtheilen. Er fügte hinzu, zwei Parteien hätten zwei Anschauungen verkörpert. Da die erste Partei keinen Erfolg gehabt, glaube er, man müsse die zweite berufen. Gama z o erklärte, er sei gegen die Besprechungen und glaube, man müsse die Führung der Angelegenheiten, so wie sie jetzt seien, beibehalten. Er fügte hinzu: Jetzt wo die Cortes tagen, seien diese die geeignetste Stelle, Meinungsverschiedenheiten zu erörtern. Marschall Lopez Dominguez meinte, die liberale Partei müsse jetzt mit Unterstützung Aller die laufenden Geschäfte fortführen. Die jetzige Zeit bedürfe noch vieler Kräfte, um die äußeren und die inneren Angelegenheiten zu bewältigen. Um 2 Uhr Nachmittag begaben sich der Admiral Chacon und die Generale Weyler, Polavieja und Calleja in das Palais. Beim Verlassen des Palais sagte Ministerpräsident Sagasta, die Gerüchte von einer Ministerkrise seien absolut grundlos. Das Ab- und Zugehen der Politiker im Palais entspreche dem Wunsche der Königin-Regentin, die sich über die Ansichten derselben unterrichten wolle. Die Regierung habe noch kein Telegramm erhalten über die Rundgebungen in Havana, die großartig seien. Alle Gesellschaftsklassen hätten sich dem General Blanco angeboten, den Angriff zurückzuweisen. Die Stimmung sei eine sehr gehobene, indessen sei offiziell noch nichts bekannt über den Ausbruch der Feindseligkeiten. Sagasta versicherte, der Senat werde morgen und die Kammer am Montag konstituiert sein. Die Botschaft werde an einem Tage im Senat, an einem zweiten in der Kammer verhandelt werden.

Die kubanischen Minister, Dolz und Giberger, die sich nach dem Osten von Kuba begeben hatten, um mit den Aufständischen zu verhandeln, sind nach Havana zurückgekehrt.

Spanische Depeschen aus Havana melden, daß die Armee und die Freiwilligen bereit seien, die Einnahme der Vereinigten Staaten zurückzuweisen. Wenn sich amerikanische Schiffe zeigten, selbst unter dem Vorwande, daß sie aus Humanitätsrücksichten Lebensmittel senden würden, sie mit Kanonen schüssen empfangen werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

25. April.
Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fern zu halten.
Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers Kommandit-Gesellschaft, Rakeburge Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zugang ist fern zu halten.
Der Vorstand der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“
S. A.
L. Breithaupt.
Mit der Anfertigung der Wählerlisten hat man, wie uns mitgeteilt wird, hier bereits begonnen.

Zur Matzeier. Die gestern stattgefundene Auslosung der Reihenfolge der Gewerkschaften und Vereinen ergab nachstehendes Resultat:

I. Zug (Zugführer Gen. Sandgaard).

Musik (Fachverein).

1. Sozialdemokratischer Verein.
2. Buch- und Steindruckerei.
3. Schneider.
4. Schiffszimmerer.
5. Steinmeyer.
6. Schmiede.

II. Zug (Zugführer Gen. Menschel).

Musik (Vereinstapelle).

7. Holzarbeiter.
8. Gesangsverein Einigkeit.
9. Former.
10. Tabakarbeiter.
11. Gesangsverein Freiheit.
12. Buchbinder.
13. Werftarbeiter.
14. Töpfer.
15. Frauen und Mädchen.
16. Tapezierer.
17. Gesangsverein Luba.

III. Zug (Zugführer Gen. Feig).

Musik (Stadtkapelle).

18. Maurer.
19. Böttcher.
20. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.
21. Moislinger Arbeiterverein.
22. Brauer.
23. Klempner.
24. Maler.

IV. Zug (Zugführer Gen. Pape).

Musik (Stadtkapelle).

25. Bildhauer.
26. Gesangsverein Eintracht.
27. Arbeiter-Turnverein.
28. Schuhmacher.
29. Bäcker.
30. Müller.
31. Dachdecker.
32. Metallarbeiter.

V. Zug (Zugführer Gen. A. Schwarz).

Musik (Stadtkapelle).

33. Bauarbeiter.
34. Arbeiter-Nachfahrer.
35. Hafenarbeiter (sämtl. Sektionen).
36. Zimmerer.

Weiter macht das Komitee noch folgende Mitteilungen: Die gewerkschaftlich organisierten Genossen werden ersucht, sich ihren Organisationen im Zuge anzuschließen, die auswärtigen Genossen gleichfalls, soweit sie Gewerkschaften angehören. Im Uebrigen werden die auswärtigen Genossen gebeten, sich dem Sozialdemokratischen Verein einzureihen. — Um ein Zusammentreffen des Festzuges mit dem 2.30 fahrenden Hamburger Schnellzuge zu vermeiden, ist der Abmarsch bekanntlich auf 1 1/4 Uhr angesetzt. Die Teilnehmer müssen daher unbedingt spätestens 1 1/2 Uhr am Mühlenbrink sein. — Die Mitglieder des Hauptkomitees sind durch rote, die des Hilfskomitees durch weiße Schleifen kenntlich. Ihren Anordnungen ist Folge zu leisten. Sogent welche Beschwerden sind direkt oder durch die Komitemitglieder den Zugführern zu unterbreiten. — Die Gesangsvereine begeben sich sofort nach Eintreffen auf die Tribüne. — Die Fahnen und Banner sind bei Gastwirt Böttcher im Saale aufzustellen. — Die Musikkapellen sind in Moislung wie folgt verteilt: je 1 bei Böttcher, Schreiber und auf dem Moislinger Baum und zwei auf dem Festplatz. — Zur Hülfesleistung für etwaige Unfälle u. s. w. ist Herr Dr. Pauli gewonnen, welcher sich im Lokale des Herrn Böttcher verweilen wird. Seine Hilfe kann evtl. auch durch Vermittlung der Komitemitglieder in Anspruch genommen werden. — Am Donnerstag, den 28. April, Vormittags von 10 Uhr an, findet die Auslosung und Anweisung der Verkaufsplätze auf dem Festplatz in Moislung statt.

Zur Vorfeier des 1. Mai findet am Sonnabend, den 30. April, Abends von 8—11 Uhr, im Vereins-hause, Johannisstraße 50, ein Gartenkonzert statt. Eine recht zahlreiche Beteiligung wird hoffentlich die Veranstaltung lohnen.

Vom Tage. Gestohlen wurde in der Böttcherstraße Bettzeug und Kleidungsstücke, in der Moislinger Allee diverse Kleidungsstücke.

Die General-Versammlung der Ortskrankenkasse, welche gestern im Lokale des Bürgervereins abgehalten wurde, war seitens der Arbeitnehmervertreter mäßig, seitens der Arbeitgeber schwach besucht. Der Jahresbericht des Vorstandes sowie die Abrechnung wurden zur Kenntnis genommen und gaben zu Montag keine Veranlassung. Die unter Punkt 2 der Tagesordnung vorliegende Statutenänderung wurde, den Anträgen des Vorstandes gemäß, angenommen. Beschlissen wurde, daß Mitglieder, welche der Ortskrankenkasse 26 Wochen ununterbrochen angehören, nunmehr Arzt und Medizin ein volles Jahr zu beanspruchen haben. Das Krankengeld bleibt wie bisher 26 Wochen das volle und die zweiten 26 Wochen das halbe. Die Ausgehzeiten der Kranken wurde für die Sommermonate bis 8 Uhr Abends ausgedehnt. Unter „Verschiedenes“ wurden seitens mehrerer Vertreter dem Vorstande diverse Wünsche, Anregungen und Beschwerden unterbreitet, die derselbe, soweit angängig, in Ermägung ziehen will. Es wurde seitens des Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß Beschwerden über die Ärzte

oder die Verwaltung besser nicht in der Generalversammlung vorgebracht werden, sondern schriftlich beim Vorstand anzubringen sind, da es nur dann möglich ist, jeden Fall eingehend zu untersuchen und Remedur zu schaffen. In den Vorstand wurden neu resp. wiedergewählt seitens der Arbeitgeber die Herren Sparkuhl und Böttger, seitens der Arbeitnehmer Steudel, Körner, Moll und Bisselhoff.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein wegen Beistehens zu Haft und Ueberweisung verurtheilter Arbeiter Miklas machte sich im Schöffengericht dadurch lust, daß er die Richter und den Kaiser beleidigte. Letztere Straftat trug ihm drei Monate Gefängnis ein.

Zum Anstand der Tischler bei Zimmermeister Torfuhl erhalten wir von der Lohnkommission der Holzarbeiter nachstehende Zuschrift:

„Wie man uns mittheilt, wird von gewissenloser Seite eifrig das Gerücht kolportirt, der Holzarbeiter-Verband habe infolge eines Kartellbeschlusses, sowie wegen Ausichtslosigkeit durch Einstellung Arbeitswilliger, die Maßnahmen gegen die dortliche Werkstatt aufgehoben. Dem ist nicht so. Die Sperrre über die dortliche Tischlerei bleibt unverändert bestehen. Ein Kartellbeschluss oben angegebener Art liegt nicht vor, ist auch nicht möglich; im Gegentheil haben die Holzarbeiter die Angelegenheit selbstständig zu regeln, sind also durch nichts gebunden oder verpflichtet. Der zweitangeführte Grund, der uns angeblich Veranlassung giebt, von unserer Forderung, Verbehalten der neuweishalbtagigen Arbeitszeit, Abstand zu nehmen, ist noch hüfälliger. Die augenblicklich dort Beschäftigten sind auch nicht im entferntesten im Staude, uns in unseren Beschlüssen wasend zu machen. Wir wissen sehr genau, mit wem wir zu rechnen haben. Die im vorigen Jahre den Herren Möbelwerkstätten so treue Dienste leisteten und bei Aufhebung dieses Kampfes leistungsfähigeren Arbeitskräften Platz machen mußten, spielen auch hier wieder den „Reiter in der Not“. Allerdings haben wir auch einige Abstriche zu verzeichnen, die ihre Handlungsweise vor sich selbst rechtfertigen müßten; bewegen jedoch zu denken, „was ist aus mir vorbei.“ Ist wahrlich nicht Gefügigkeit der Holzarbeiter. Das wir uns auf die Beschäftigungsversuche des Herrn Torfuhl, er lasse ja durchschnittlich 9 1/2 Stunden arbeiten (im Sommer 10, im Winter 9 Stunden) nicht einlassen, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Wir halten unsere Forderung nach wie vor aufrecht, das sind wir unseren dort ansässigen gewordenen Kollegen schuldig und wir werden dem Verweil erbringen, daß Beharrlichkeit zum Ziele führt. An die organisierte Arbeiterschaft richtet die Kommission die Bitte, sie von etwaigen in Umlauf gesetzten, den Holzarbeiter-Verband diskreditirenden Gerüchten sofort in Kenntnis zu setzen. Bemerkung wollen wir noch, daß sämtliche in den Ausstand getretenen Kollegen in Arbeit stehen.“

Schwartzau. Holzverkauf. Dienstag den 26. d. M., Nachmittags 3 Uhr, kommen in Töbner's Gasthaus zu Schwartzau zum öffentlichen Verkauf: 11 Haufen Weichholzbüsch, Nr. 16—26, Meierkamp. 18 Haufen Eichen- und 16 Haufen Kiefern-Büsch, Nr. 62—75, 81—107, 219 und 220. Seereyer Tannen. 79 Haufen Kiefern-Büsch, von Nr. 24 an.

Entin. Semlers Eiertau. Am Freitag, den 22. d. Mts., Nachmittags 4 1/2 Uhr fand hier selbst im „Hofsteinischen Hof“ die erste nationalliberale „allgemeine“ Wähler-Versammlung statt, in der Rechtsanwalt Dr. Semler aus Hamburg seine Kandidatenrede hielt. Anwesend mochten wohl an 100 bis 120 Personen sein; die ganze mittlere Tischreihe und die Gallerien wiesen eine gähnende Leere auf. Herr Dr. Semler begann aber trotzdem wohlgegnuth seinen Eiertau. Er betonte sein eifriges Bestreben, alle bürgerlichen Parteien zu einem großen Drei zusammen zu führen in dem Kessel des nationalen Gedankens. Die einzelnen Parteien müßten von ihren Grundfäden jebe etwas ablassen und nicht immer das „Knochengeriße der Preizupien“ in den Vordergrund stellen. Die extremen agrarischen Forderungen voll zu vertreten, erklärte sich der Herr Rechtsanwalt außer Stande. Die Grenze der Berechtigung der agrarischen Wünsche zu suchen, das sei Aufgabe des berrn wirtschastlichen Ausschusses, der sich kürzlich in Berlin gebildet habe aus den „anerkannt besten“ Männern der deutschen Landwirtschaft und Industrie. Er könne sich nicht dem Bunde gegenüber verpflichten, verweise sich aber auch nicht gerade auf die 3.50 Mt. Koruzoll.“ Des weiteren erklärte Herr Dr. Semler, wie das bei ihm ja unvermeidlich, daß er Wis-mardauer sei bis — um mit Herrn Damaschke zu reden — „bis auf die Knochen.“ Selbstverständlich war er auf die verdammten Sozialdemokraten sehr schlecht zu sprechen. Die Sozialdemokratie gäbe dem Arbeiter einen Stein statt des Brotes. Sie habe keinen Theil an den segensreichen Einrichtungen, an den Versicherungs- und Schutzgesetzen zum Wohle der Arbeiter. Diese Gesetze haben das Bürgerthum gegen den Willen der Sozialdemokratie geschaffen und auch das Bürgerthum sei es gewesen, das unsere deutsche Volksschule so gehoben habe, daß sie so intelligente und tüchtige Menschen herzubilde, wie er dies vor einigen Tagen in Oldenburg i. Gr. zu beobachten Gelegenheit hatte. Dort sei „ein junger Sozialdemokrat, vielleicht 22 bis 23 Jahre alt, also eben der Schule entwachsen, — das ist wohl etwas übertrieben, aber es war ein sehr junger Mensch“ — gegen den freisinnigen Kandidaten, Herrn Oberamtsrichter Bargmann aufgetreten und hätte den Herrn so in die Enge getrieben, ihm arg, sehr arg zugelegt, so daß er — Herr Dr. Semler — Herrn Bargmann gern zu Hilfe gekommen wäre, wenn es seines Amtes gewesen wäre. Nachdem Herr Dr. Semler so die „Umsfänger verurtheilt“ und die freisinnige Volkspartei des Kolettierens mit der Sozialdemokratie beschuldigt hatte, schloß er seine einstündige Rede mit der Aufforderung, ihn über diese oder jene Frage zu interpellieren. Es meldete sich aber kein Mensch dazu. Der Vorsitzende Herr Rechtsanwalt Böhmer fragte daher, ob sonst noch jemand das Wort wünsche. Darauf meldete sich der Genosse Dittmann: Entin zum Wort und gab die folgende Erklärung ab:

„Auf die Gefahr, von Herrn Dr. Semler als ein Mensch bezeichnet zu werden, „der eben der Schule entwachsen“ ist, erlaube ich mir hiermit einige Worte. Die Einberufung dieser angeblich „allgemeinen“ Wählerversammlung auf Nachmittags 4 1/2 Uhr, an einem Werktag, ist ein Beweis dafür, daß die Veranstalter derselben bestrebt gewesen sind, grade die allgemeine Wähler, die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden von dieser Versammlung auszuschließen. Als Vertreter des hiesigen sozialdemokratischen Wahlkomitees gebe ich deshalb hiermit die Erklärung ab, daß wir Sozialdemokraten mit einer gewissen Befriedigung Kenntnis nehmen von dieser famosen Wahl-agitationspraxis der Nationalliberalen; liefert sie uns doch nur Wasser auf unsere Mühle. Wir erachten es aber für überflüssig, in solch einer „allgemeinen“ Wählerversammlung, in welcher eben „nur“ die allgemeinen Wähler fehlen, dem nationalliberalen Kandidaten auf seine Ausschreitungen zu erwidern. Wir werden zu geeigneter Tageszeit, zu einer Zeit, zu der andere herrliche, von Gott eingesetzte und gewollte Bestimmung es jedem Wähler ermöglicht, zu erscheinen, zu solch einer Zeit werden wir die Wähler einladen und wir werden ihnen dann sowohl unsere Ziele und Bestrebungen klarlegen, als auch ihnen Aufschluß geben über die nationalliberale Partei, die hier sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt, die den Muth der freien Meinungsäußerung nicht zu besitzen scheint, die sich schent, den „allgemeinen“ Wählern, den Arbeitern, frei und offen

gegenüberzutreten, die sich durch die Ausschließung der Arbeiter von dieser Versammlung von vornherein selber gebrandmarkt hat als die einseitigste Interessenvertretung, als die Vertretung lediglich der bestehenden Klasse. Auf die sachlichen Ausführungen des Herrn Dr. Semler näher einzugehen, habe ich, wie bereits gesagt, weder Muth noch Veranlassung. Ich habe beiläufig beibehalten das Wort ergriffen, um zu konstatiren, daß diese Versammlung alles andere eher ist, als eine „allgemeine“ Wählerversammlung.“

Herr Dr. Semler erklärte darauf, daß er nicht darauf rechne, überzogene Sozialdemokraten zu bekehren, daß nicht er die Tageszeit der Versammlung bestimmt habe und daß er jederzeit gerne Diebe und Kattwort stehe. Ihm wurde darauf von unserem Genossen bedankt, daß er nicht von „überzeugten Sozialdemokraten“, sondern von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden sachlich, ohne Bezeichnung einer politischen Parteirichtung gesprochen habe, denen es unmöglich sei, an dieser Tageszeit die Versammlung zu besuchen und daß sich übrigens die Erklärung nicht gegen die Person Dr. Semlers, sondern gegen das nationalliberale Wahlkomitee richte. Der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Böhmer, führte darauf aus, daß er bei der Aufhebung der Versammlung Rücksicht auf „die Herren vom Lande“ genommen habe, die mit den 4 Uhr-Büsch hier ankommen und am 7 Uhr wieder abfahren könnten, worauf ihm Genosse Dittmann den Rath gab, dann möglichst eine ähnliche Versammlung amononiren zu lassen als Versammlung der Nationalliberalen und Varnersbändler, aber nicht als „allgemeine“ Wählerversammlung. Der Herr Rechtsanwalt erklärte einfach, er lasse sich darüber keine Vorurtheile machen und schloß dann die Versammlung. — Das war das erste Debat des semmelblonden Knaben im Fürstenthum Lübeck; ob er wohl sonderlich davon erbaut ist? ob es die Freisinnigen und Wähler von ihm sind?

Entin. Ein Weiser. Erstaunlich gut orientirt über die politischen Parteien unseres Wahlkreises scheint ein Artikelschreiber in der letzten Nummer des „Anzeiger f. d. F. B.“ zu sein. Der Herr behauptet schlang weg, daß noch Niemand weiß, ob außer dem Herrn Dr. Semler schon ein anderer Kandidat aufgestellt sei und daß von den anderen Ordnungsparteien noch keine Schritte zur Wahlfrage bekannt geworden seien. Wir wollen dem guten Herrn, der reichlich ein halbes Jahr geschlafen zu haben scheint, auf die Strümpfe helfen und ihm verrathen, daß von der freisinnigen Volkspartei bereits im letzten Herbst Oberamtsrichter Bargmann aus Oldenburg und von der sozialdemokratischen Partei wieder der Buchdruckereibesitzer Paul Hug aus Pant aufgestellt worden sind, und daß ferner der Bauernbund schon seit Jahresfrist in krampfhaftester Weise nach einem Kandidaten herumgesehen, sich schließlich aber wohl mit dem semmelblonden Knaben als dem „kleineren Uebel“ zufrieden geben muß. Der werthe Artikelschreiber scheint weiter an einem bedauerlichen „Blöth“-lichen Nachfolger zu laborieren, da er den numerisch sehr schwachen Bauernbund für ausschlaggebend in diesem Wahlkampfe hält. Zum Schluß bläst der Bedauernswerte mit vollen Backen zum Sammeln der Ordnungsparteien gegen den Umsturz und fordert deshalb zum Besuch der nationalliberalen Wählerversammlungen auf. Den Reinsfall mit dieser Reklame für den Sammelsemel können unsere Leser an anderer Stelle nachlesen, und wollen wir sie mit dem sonstigen Wischwaschi des verehrten Artikelschreibers nicht weiter mehr langweilen.

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

Neustadt i. S. Eine Wählerversammlung, einberufen von der nationalsozialen Partei, tagte am Freitag Abend im „Hotel Germania“. Dieselbe war ziemlich gut besucht, hauptsächlich von Arbeitern. Herr Damaschke sprach über „Kaiserthum und Sozialismus“ gute zwei Stunden. 3/4 Stunden gingen verloren durch eine ebenso überflüssige, wie langweilige und umständliche Vertheidigung des Referenten gegen Angriffe der Zeitung der Landbändler und der Kreispresse. Das Plaidoyer gipfelte in der ehrlich berben Zensur „Unverschämtheit“. Sodann folgte die übliche, allen geschichtlichen Thatsachen höhn sprechende Verherrlichung des Kaiserthums, mit der nöthigen schulmeisterlichen Emphase vorgetragen und schließlich die Betonung der nationalsozialen Arbeiterfreundlichkeit, die charakteristischer Weise ihren prägnantesten Ausdruck in der Erklärung fand, daß vor allem die Sozialdemokratie bekämpft werden müsse. Wir haben bisher von Herrn Damaschke keine sachlich wie rhetorisch so herzlich unbedeutende Rede gehört. Speziell seine Angriffe auf unsere Partei waren so deplacirte und ungerechtfertigte, daß ein waschechter Freisinniger sie nicht schlechter hätte machen können. So findet z. B. der nationalsoziale Kandidat eine Widerlegung der sozialdemokratischen Anschauung vom Klassenstaate darin — man falle nicht auf den Rücken! — daß wir — das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht besitzen; daß der „soziale Gedanke“ vielfach Mißtrauen begegnet, ist Schuld der Sozialdemokratie; die „revolutionäre Diktatur des Proletariats“ marschirt auf u. s. w. u. s. w. — In der Diskussion ergriff zunächst Genosse Rasch-Lübeck das Wort. Nach einer energischen Abwehr völlig ungerechter Angriffe auf den Genossen Weinheber und die Lübecker Arbeiter kritisirte er die Auffassung vom Kaiserthum an der Hand geschichtlicher Thatsachen und geißelte auf das Schärfste die provokatorische Betonung der „Königstreue“, welche seit einiger Zeit die Naumänner betrieben, und welche sie den Gepflogenheiten der Prozentpatrioten bedenklich nahe bringt. Er holte die vom Referenten höchst zahn behandelte Erörterung der konservativen Wahlmache nach und zeigte an drastischen Beispielen der Verkümmern des Wahlrechtes im 9. Kreise die klassenstaatliche Brutalität, und wies die Angriffe auf die sozialdemokratische Partei und einzelne Führer als das zurück, als was sie darstehen: thörichte Unterstellungen Unfundiger. Die mancherlei Kampfesweise des ehemaligen Freisinnigen Damaschke beleuchtend, betonte Redner zum Schluß den Ernst der politischen

Situation und gab den Zuhörern eindringlich anheim, ihr Verständnis für die augenblickliche Lage durch kräftigen Protest gegen das jetzige Regime, d. h. durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu betonen. — Zur Widerlegung machte sich zunächst Herr Schaal, Berlin auf, der Naive des nationalsozialen Theaters. Seine geradezu einfältigen Ausführungen gipfelten in der Ansicht, daß der Vorredner seine „Witze“ hätte sparen können — als ob man manche nationalsozialen Hochsprünge anders als mit Humor behandeln könnte — und in dem Vorwurf, daß derselbe sich mit fremden Federn geschmückt habe. — Genosse Kasch hatte nämlich unter genauer Quellenangabe die „Hilfe“ gegen Herrn Damaschke zur Hilfe genommen. — Sichlich erregt und in gereizter Stimmung suchte dann der Referent in seinem Schlußwort die Sozialdemokratie zu vernichten und die gegen ihn gerichteten Angriffe abzuwehren. Die Art, wie er dabei verfuhr, war alles andere eher als sachlich, verließ er sich doch dazu, seinen Gegner einen „Feyer“ zu nennen und den Führern unserer Partei den dummdröckigen Vorwurf zu machen, sie schändelten der großen Masse, anstatt sie zu belehren und zu erziehen. Rechtsanwalt Heine (unser Kandidat für Berlin III) war seine Hauptstütze in seinen Ausführungen, soweit sie sachlich blieben. Interessant war, daß er den Unternehmerrprofit damit zu verteidigen suchte, daß er ihn als die gerechte Entschädigung für die unfähige Geistesbätigkeit der Kapitalisten hinstellte. Der Unwille der Versammlung machte sich vielfach in erregten Zwischenrufen Luft. Zum Schluß verweigerte Herr Damaschke, welcher Referent, Leiter und Hausknecht der Versammlung zugleich war, dem Genossen Kasch das Wort zur Abwehr der persönlichen Beleidigungen. Er hat sich dadurch die wenigen Sympathien, welche er in Neustadt besitzt, völlig verschert, zumal sein Gegner ihn in der ruhigsten und sachlichsten Weise behandelt hatte. — Ueber die Entwicklung der nationalsozialen Kampfstattik demächst an anderer Stelle.

Hamburg. Das Urtheil in der Privatklage des Inspektors Bruns in Hamburg gegen den Grafen Rankau in Friedrichsruh ist nunmehr, da Berufung nicht eingelegt ist, rechtskräftig geworden.

(Heiligensafen. Vom Wahlkampfe. Die

Nationalsozialen sind in unserem Wahlkreise eifrig an der Arbeit. In der letzten Zeit sprach ihr Kandidat, Herr Damaschke, in Heiligensafen und in mehreren Orten auf Fehmarn. Die Versammlung in unserer Stadt war sehr schwach besucht, wie auch die nationalsozialfreundliche Heiligensafener „Post“ zugiebt. Weber im Rathenow noch im lokalen Theile dieser Zeitung stand etwas von einer Versammlung. Dies war auch Absicht. Vielleicht hätte auch sonst ein sozialdemokratischer Redner anwesend sein können, und dann wäre es um das Ansehen des Herrn Damaschke in unserer Stadt, wo doch sein Weizen nicht recht gedeihen will, geschehen. Manche Leute, auch bedeutendere Zeitungen, halten die Kandidatur Damaschkes für sehr aussichtslos. Wir sind allerdings in der Lage, schon jetzt erklären zu können, daß wohl sehr wenig Hoffnung unter den jetzigen Umständen vorhanden ist, daß Damaschke gewählt wird. Die Möglichkeit, daß er in Stichwahl kommt, ist da, aber was dann? Ohne die Stimmen der Sozialdemokratie ist an einen Sieg nicht zu denken. Wie jetzt die Sache liegt, erhält D. die Stimmen unserer Partei nicht, weil der Kandidat ihrer Partei im 5. Wahlkreise, Dithmarschen, erklärt hat, im Falle einer Stichwahl zwischen Rohle (konj.) und unserem Genossen Martiffe, den ersteren unterstücken zu wollen. Wenn die Nationalsozialen für die Reaktionen die Stakhanien aus dem Feuer holen wollen, können sie ihre eigenen nur selber herausholen, im 9. Wahlkreise danken wir Sozialdemokraten dann bestens! Ob wohl Herr Rentner Bohlmann in Leipzig, wo am 14. und 15. ds. Mts. eine nationalsoziale Konferenz stattfand, einen Rasenstieber erhalten hat? — Anm. d. Red.: Wir haben die Zuschrift unseres (Korrespondenten unverkürzt aufgenommen, weil sie ein Bild der Stimmung unserer auf vorgeschobenem Posten kämpfenden Genossen im wagnischen Junterparadies bietet. Welche Stellung im Falle einer Stichwahl die sozialdemokratische Partei einnehmen wird, unterliegt selbstverständlich der Entscheidung der Genossen erst nach der Hauptwahl. Wir zweifeln nicht daran, daß die Entscheidung unter Beiseiteziehung aller berechtigten persönlichen Erbitterung den bewährten taktischen Grundsätzen entsprechen wird, nach denen wir bisher fast ausnahmslos uns richteten. Begreiflich ist jedoch angesichts des in letzter Zeit geradezu unqualifizierbaren Verhaltens

der nationalsozialen Mandatjäger die Abneigung gerade unserer Genossen auf dem flachen Lande gegen diese schönrednerischen Herren durchaus.

Gästrow. Unbarmerzigkeit. Ein hiesiger Hausbesitzer hatte, wie das „Land. Fremdenbl.“ mittheilt, seiner Mieterin die Wohnung gekündigt. Sie konnte jedoch wegen Krankheit den Umzug nicht vornehmen, und wüthend darüber, hing er ihr alle Fenster und Thüren aus, worauf er sie auf die Straße schleppte und daselbst in unerhörter Weise mißhandelte. Die Behörde hat sich der Sache angenommen.

Teterow. Der Maurerstreik dauert fort. Die durch den Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands unter Vermittelung des Bürgermeisters angebotenen Verhandlungen verliefen resultatlos. Nach einem Bericht der „Medl. Btg.“ scheint die Situation für die Streikenden nicht ungünstig zu sein; es haben nämlich 40 Maurer unter Leitung eines Poliers Arbeit auf einem benachbarten Gute übernommen — unter Umgehung des Meisters. Dadurch ist natürlich letzterem ein hüblischer Profit entgangen.

Waren. Die Gesellschaft mecklenburgischer Gutsbesitzer und Gutspächter mit dem Sitz in Waren (Mecklenburg) hat ihren Konkurs angemeldet. Sie wurde erst am 27. Februar ds. Js. in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt. Vorstand und Aufsichtsrath und fast alle Gesellschafter waren die Führer der Agrarier im 4. mecklenburgischen Wahlkreise. Die Gesellschaft hatte u. a. auch in Berlin 3 Verkaufsstellen für Schweinefleisch und dergleichen eingerichtet. — Wird jetzt die bürgerliche Presse denselben Lärm machen, der sich erhebt, sobald einmal ein von armen Arbeitern ins Leben gerufene Unternehmen verkracht? Oder wird, wie gewöhnlich in solchen Fällen, Schweigen der Rest sein?

Sternschanz-Viehmart.

Homburg, 23. April

Der Schweinehandel verlief stau.

Zugeführt wurden 100 Stk. Preise: Versandtschweine, schwere 50—51 Mk., leichte 50—51 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 50—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu vermieten eine Etage

Strambuden 3.

Zu verm. zum 1. Juli e. frdl. Wohnung durch Zufall. Näheres Schützenstr. 21 a. 1. Et.

Empfehle meinen
Rasir-, Frisir- und Haarschneide-Salon
Heinr. Wiese, Breitenstraße 70, Markt 9.
zu jeder ein Stück von 15—18 P. beim Milchwagen. Näheres Mühlenstraße 44, zwischen 12 und 1 Uhr Mittags.
Jegliche Wäsche, auch Wäsche von jungen Leuten, wird angenommen Eibenstraße 14.

Zur Maifeier 1898

Die diesjährige

Illustrirte Maifest-Zeitung

ist eben erschienen und ihres ausgezeichneten Inhaltes wegen jedem Parteigenossen aufs Beste zu empfehlen. Zu beziehen ist dieselbe von heute ab durch unsere Zeitungsträger sowie in unserer Expedition, Johannisstr. 50.

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Schern's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientirungs-(Straßen-)Karten und über 2000 Reisetouren.

Gebunden ganz in Leinen 1.50 Mk.

Zu beziehen durch

die Expedition des „Lübecker Volksbote“.

Achtung Bauarbeiter!

Oeffentliche Bauarbeiter-Versammlung

am Mittwoch den 27. April 1898, Abends 8¹/₂ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Referent: E. Gutsch aus Berlin.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Große Posten Damen- u. Herren-Stiefeletten
Große Posten roh- u. rindlederene Halbstiefel
Große Posten Zug- und Schnürschuhe
Große Posten Knopfstiefel u. Spangenschuhe
Große Posten lederne Pantoffeln, starke, Mt. 1.80
Große Posten Kinderstiefel und Schuhe.

Sämmtliche Waaren sind nur aus bestem Material, solid gearbeitet und werden zu außerordentlich billigen Preisen abgegeben im Ausverkauf bei

J. Möllendorff, Holstenstraße 9.

Vorzügliche
5 Pf.-Cigarren

Handtabak
Kantabak, als Lübecker Nordhäuser, Kopenhagener.
Pfeifen, Cigarrenspitzen, Spizierköcke
Ernst Albrecht
Lübeck, Mühlenstraße 7 a.

Wein- u. Spirituosen-Handlung

von
August Dose, Meierstraße 27

empfeht
in feinsten Qualität und allen Preislagen:

Grummesser Doppel-Kümmel,
Wesselschen Doppel-Kümmel,
Urrac, Cognac, Rum, Bittern,
Roth-, Weiß- und Rheintwein,
Tolauer-, Samos- u. Portwein,
ff. Kochwein.

Niederlage der Weingroßhandlung von
J. C. Engelhard & Söhne.
Verkauf zu Originalpreisen.

Gute Gkartoffeln
hat zu verkaufen
W. Schwarz, Margarethenstraße 16.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Miethe-Quittungs-Formulare
sind zu haben in der
Expedition des Lübecker Volksboten

Fledten fertigt an
G. Koch, Friseur, Mühlenstraße 6.

Holzarbeiter-Verein

General-Versammlung

am Dienstag den 26. April

Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wahlen.
3. Berichterstattung vom Verbandsstag.
4. Bericht der Lohnkommission.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfis-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Verammlung

am Dienstag den 26. April

Abends 8¹/₂ Uhr
bei F. Lecke, Lederstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. Fragelosen. Verschiedenes.
2. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11¹/₂—2 U.)
Dienstag: Milchreis mit Kasehl und Buder, Kar-
bonade, Kartoffeln, Sauce, Apfelsmus.

Der Ausschuss der Hansat. Versicherungs-Anstalt für Invaliditäts- und Alters-Versicherung

trat am 21. April d. M., Nachmittags 1 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Anstalt unter dem Vorsitze des Herrn Adv. H. Wöring aus Hamburg zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Anwesend waren die Herren Vorsitzenden hatten sich 20 Mitglieder des Ausschusses aus Hamburg, Bremen und Lübeck eingefunden, vom Vorstande waren die Herren Direktor Gebhard und Rath Dr. Dittmer, sowie die Herren Danneberg und Becke und außerdem einige Anstaltsbeamte erschienen. An der Sitzung nahm ferner auch der Staatskommissar für Hamburg, Herr Böjve, theil.

Nachdem in die Tagesordnung eingetreten war, begann die Beratung mit Punkt 1 der Tagesordnung: Die Vorlage über Errichtung einer Heilstätte für jugendliche weibliche Versicherte. Die Vorschläge des Vorstandes gehen dahin: in St. Andreasberg eine Heilstätte für weibliche Versicherte zu errichten, die 80 Kranken Unterkunft bietet; die Kosten des Baues einschließlich Grunderwerb sind auf 300000 Mk. veranschlagt. Die Vorlage wurde mit besonderer Besichtigung aufgenommen und wurde, über den Antrag des Vorstandes hinausgehend, der Bau einer Heilstätte für 120 Personen mit überwiegender Mehrheit beschlossen; die Kosten dafür werden fast nach der Vorlage mit insgesamt 440000 Mk. bewilligt. Im Anschluss hieran wurde, wie beim derzeitigen Bau der Heilstätte Oberberg, die Einsetzung einer Baukommission des Ausschusses beschlossen; in dieselbe wurden gewählt die Herren Schrenken, Strackmann, Scheinwaldt, sowie Sandvoß, Dunsing und Dreier, von denen die letzteren drei Vertreter der Arbeitnehmer, die ersteren drei Vertreter der Arbeitgeber sind.

Zum Punkte 2 der Tagesordnung: Errichtung eines Genußloshauses für männliche Versicherte. Herr Direktor Gebhard machte nähere Erläuterungen. Es hat sich danach trotz eifriger Bemühungen des Vorstandes keine Gelegenheit zum empfehlenswerthen Erwerbe bereits fertiger Anlagen geboten, so daß auch für die Melonvalescenten-Helme zur Erbauung eigener Anstalten gespart werden muß. Für das zunächst zu errichtende Heim für männliche Versicherte ist ein Baugrund bei der Hamburgischen Gemeinde Gr.-Hansdorf — eine Stunde von der Bahnhofsstation Ahrensburg entfernt — in Aussicht genommen; es erscheint wegen seiner Wasserhältnisse, seiner geschützten Lage und der Waldnähe besonders geeignet. Die Anstalt ist zunächst zur Aufnahme von 50 Personen bestimmt, wobei indes auf eine spätere Erweiterung bei Aufstellung des Bauprojekts Rücksicht genommen wird. Die Kosten des Grunderwerbs sind auf 23000 Mk., diejenigen des Baues auf etwa 150000 Mk. veranschlagt, so daß sich das Gesamt-Erforderniß auf 180000 Mk. stellen wird. Der Ausschuss nahm auch von dieser Vorlage mit besonderer Befriedigung Kenntnis und bewilligte die beantragten 180000 Mk. Die für den Bau der unter 1 bewilligten Heilstätte erwählte Baukommission wurde auch für diesen Bau dem Vorstande zur Unterstützung usw. beigegeben.

Von verschiedenen Rednern wurde noch hervorgehoben, daß in Bezug auf die Leistung der Zuschüsse der Krankenkassen thätigste Entgegenkommen gezeigt und überhaupt bei Anwendung der Krankenkassen das größte Wohlwollen geübt werden möchte.

Zum Punkte 3 der Tagesordnung: Erweiterung der Anlage zur Wasserversorgung der Heilstätte Oberberg wurde seitens des Vorstandes gleichfalls auf die eingehendere Vorlage verwiesen. Es soll darauf die Rohrleitung weiter ausgedehnt und ein neues Wasser-Reservoir errichtet werden; die Kosten hierfür lassen sich noch nicht genau übersehen, sie werden voraussichtlich sich bis zu 30000 Mk. belaufen. Der Ausschuss erteilte die Zustimmung und stellte die beantragten Mittel zur Verfügung.

Die laut Punkt 4 der Tagesordnung beantragte Beschaffung einer Parade fand gleichfalls die Zustimmung des Ausschusses unter Bewilligung der Kosten dafür bis zu 5000 Mark. Die Parade ist zur Aufnahme solcher männlichen Personen bestimmt, welche in der Heilstätte Oberberg verpflegt werden und geeignet sind, nach ihrer Entlassung sich bei den

auf dem Heilstättegrundstück gegen Gewährung freier Verpflegung und eines den Leistungen entsprechenden Lohnes ansatzfähiger Aufpflanzungen und Wegeanlagen zu beschäftigen, um durch längere Aufenthalt unter sanitär günstigen Verhältnissen ihre Gesundheit noch weiter zu festigen.

Zur Anschließung an diesen Punkt wurde auch die Nummer 7 der Tagesordnung „Vermehrung des Inventars der Heilstätte“ erledigt.

Es wurden sowohl die Kosten der Anstrichung der zur Aufnahme von 12 Personen bestimmten Baracke zum Betrage von 5040 Mk., als auch die ferner beantragten 1500 Mk. für Beschaffung von noch 25 Biergefäßen (zu den noch vorhandenen 60) bewilligt.

Der nächste Beratungsgegenstand laut Nr. 5 der Tagesordnung betraf Aenderung der Bestimmungen über die Ausleihe von Kostgätern zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen. Der Antrag des Vorstandes geht dahin: die Bestimmung, daß Darlehen nur gegen an erster Stelle einzutragende hypothekarische oder haftpfandliche Sicherheit gewährt werden, berichtigt abzuändern, daß die Worte „an erster Stelle einzutragende“ gestrichelt werden. Es hat sich, wie zu dem Antrage noch eingehend erörtert wurde, herausgestellt, daß die bisherige Bestimmung unter Umständen zu praktischen Schwierigkeiten und zu Verzögerungen der hypothekarischen Eintragungen führen kann und daß daher die Bedingung der Eintragung an erster Stelle zweckmäßig fallen zu lassen, im Uebrigen aber an der Innehaltung der festgesetzten Betragsgrenze (bis zu höchstens 1/2 Proz. des Bau- und Platzwertes) streng festzuhalten sei. Der Ausschuss schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich für die Aenderung der Bestimmungen sehr Einverständnis aus. Es handelt sich, wie ausdrücklich hervorgehoben werden soll, hier um ein Darlehen an gemeinnützige Gesellschaften u. zum Bau von Arbeiterwohnungen.

Vor Eintritt in die Beratung über den letzten Punkt der Tagesordnung wurden von einem Ausschussmitglied einige Klagen von Pflanzlingen der Heilstätte Oberberg über die Verpflegung und den Betrieb in der Heilstätte vorgebracht. Herr Direktor Gebhard betonte, daß nicht dem Vorstande zunächst Mitteilung von den vermeintlichen Mängeln gemacht sei, damit eine genaue Prüfung hätte veranlaßt werden können. Im Ubrigen widerlegte er die Ausführungen aus Grund seiner durch häufige Anwesenheit in der Heilstätte Oberberg gewonnenen Erfahrungen und Beobachtungen über den Betrieb in der Heilstätte und betonte insbesondere, daß trotz des weitgehenden Wohlwollens und Entgegenkommens immer Unzufriedenheiten vorhanden seien und daß die gestellten Ansprüche der Verpflegten, wie aus einer Reihe von angeführten Beispielen hervorging, häufig so weitgehend seien, daß ihre Erfüllung selbst unter Anwendung noch reichlicherer Mittel unmöglich sei. Es werde leider noch oft verkannt, daß die Heilbehandlung ausschließlich im Interesse der Erkrankten, nicht aber in demjenigen der Versicherungsanstalt vorgenommen würde. Was den logisch zur Stelle gestellten Aktus wurde festgestellt, daß bei der Spitze der Besondereführer stehende Kranke aus der Anstalt wegen ordnungswidrigen Verhaltens und Unzufälligkeit vor Ablauf der Kurzeit aus der Anstalt hat entlassen werden müssen. Der Ausschuss schloß sich diesen Ausführungen des Direktors Gebhard an und hielt namentlich den eingeschlagenen Weg zur Abbringung der Klagen für verfehlt.

Herr Direktor Gebhard ersuchte noch, alle den Ausschussmitgliedern etwa zu thun kommenden Beschwerden dem Vorstande mitzutheilen. Nach stattdaher Untersuchung werde das Ergebnis den betreffenden Ausschussmitgliedern stets mitgeteilt werden.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung „Mittheilung und geeignetenfalls Beschlußfassung über die Höhe der Versicherungsbeiträge“ wählte Herr Direktor Gebhard das Wort. Er legte dem Stand dieser Angelegenheit dar und erörterte weiter, daß es z. B. sich nicht empfehlen dürfte, weitere auf Erhöhung der Beiträge abzielende Schritte zu thun, nachdem die drei hohen Senate eine Unterstützung derartiger Bestrebungen in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht haben in Aussicht stellen zu können geglaubt. Der Ausschuss ließ sich die Ausführungen zur Kenntnis dienen und beschloß, im Hinblick auf die mit großer Wahrscheinlichkeit bald

eintretende Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes, von einem weiteren Vorgehen einstweilen Abstand zu nehmen.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und schloß der Vorsitzende die Versammlung am 8 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Noch einmal die Fahnenkranz von Friedrichruh. Der Radfahrerverein „Wanderlust“ in Hannover hat an die dortige „Deutsche Volksztg.“ eine „Berichtigung“ geschickt, worin er die Stiftung der Bismardfahne an einer Sachsenwaldstange zugiebt, aber hinzugefügt: „Nicht wahr ist es, daß unser Verein für die Lieferung der Fahnenkranz 150 Mk., oder überhaupt etwas, bezahlt hat.“ Dem Vorstand des Vereins schrieb darauf die Redaktion der „D. Volksztg.“: „Auf die im Namen des Radfahrervereins „Wanderlust“ zum Abdruck in der „Deutschen Volkszeitung“ übersandte „Berichtigung“ in der bekannten Fahnenkranz-Angelegenheit zur gef. Kenntnissnahme, daß wir in dieser „Berichtigung“ eine solche nicht erblicken können, da nach unserer Information die Forderung von 150 Mk. von Friedrichruh aus und deren Zahlung von hier wahrer Thatsache ist. Wir lehnen deshalb den Abdruck dieser sog. „Berichtigung“ ab, Sie im Falle Ihres Nichtbeschreibens damit auf den gerichtlichen Weg verweisend.“ Ob die bismardischen Radler nun klagen werden?

Aus der besten aller Welten. Der „Vorwärts“ schreibt: Ein Bild tiefsten Glends bietet sich seit einigen Tagen den Passanten, die hinter dem Hause Chausseestraße 79 in Groß-Lichterfelde vorübergehen. An dem Baue, der das genannte Grundstück nach dem dahinterliegenden unbebauten Gelände zu abgrenzt, ist allerhand altes Gerümpel aufgeschichtet — der Hausrath einer Familie, die in Ermangelung eines Unterkommens an dieser Stelle auf freiem Felde die Nächte zubringt. Die Familie besteht aus der Mutter, zwei erwachsenen Töchtern — von denen die eine im Zustande der Schwangerschaft ist — und einem Sohne im schulpflichtigen Alter. Man sieht den Leuten an, daß sie auf diejenige Stufe des Glends und der Verkommenheit herabgesunken sind, von der in der „göttlichen Bestimmung“ ein Emporkommen nicht mehr möglich ist. Sie hatten am 1. April in dem Hause Chausseestraße 79 eine Wohnung bezogen, und da sie die Miete nicht entrichten konnten, setzte sie der Hausverwalter am 15. d. Mts. auf die Straße. Ihre Bemühungen um ein anderes Unterkommen blieben erfolglos, denn kein Hausbesitzer findet sich bereit, die Kermsten aufzunehmen, und nun kehren sie jeden Abend zu ihrem armseligen Hausrath zurück, um hier, hinter dem Baue zusammengelauert, in ihrer dürftigen Kleidung frierend, zu übernachten. — Von einem Hausbesitzer kann man ja unter der heutigen Verhältnissen nicht erwarten, daß er einer Familie, welche nicht zahlen kann, ein Obdach gewährt. Sollte es denn der Armenverwaltung von Groß-Lichterfelde nicht möglich sein, die Leute, welche wahrscheinlich jetzt noch dort im Freien kampieren, unter Dach und Fach zu bringen und dem ständalösen Zustand ein Ende zu machen?

Der Jude.

Deutsches Sittegemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von E. Spindler.

(19. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Was sollen mir eure Klagen?“ fragte Dagobert lächelnd: „Ich sechte in Zukunft nur mit Kerze und Weißwedel. Ueberdies ist's mit dem Sonnenschein vorbei, der Schnee beginnt sich wieder in leichten Flocken einzustellen, und ich sehne mich nach der Ofenluht.“

„D pfui!“ höhnte Gerhard: „Junges Blut, was will aus Euch werden? Kommt mit, wenn's Euch reut, die Waffe gesehen zu haben, so schlank und blank, daß schon das Anschauen allein in der Faust juckt, will ich nicht selig werden. Es ist ja auch nicht weit. Eine fünfzig Schritte zurück . . . seht, dorthin, wo der Kiroß mit Kolbe und mit Morgenstern über der Haukthüre zu sehen ist.“

„Dort?“ wiederholte Dagobert, und mit einem kurzen: „Meinetwegen“ hatte er sich gedreht, und wandelte dem Hause zu, welches kein anderes war, als dasjenige, in dessen Hofe die schöne Frau in der stolzen Schellen-tracht verschwunden war. Die Werkstatt hinten im Hofe war erfüllt von lustigem Getöse. Der Blasbalg schnaufte, der Hammer klang, und zwischendurch Funkengeklüster und Ambosgetöse schallten fröhliche Lieder in schwäbischer, bayerischer und schweizer Mundart, wie sie die Gesellen des Schmiedes aus ihrer Heimath mitgebracht hatten. Das Löhne, unverdrossene Leben, das sich in dem schwarzen Gewölbe bewegte, lästete wohlthuend Dagoberts Brust. Die starken Gestalten, die hier hantirten, der winterlichen Kälte wie der schmorenden Hitze zum Trost halb entblößt bis zum Gürtel, schlangen rüstig die schweren Eisenkeulen, und das spröde Metall fügte sich ihren Streichen, unter welchen der Gesang nicht verstummte. Dort trug einer eine Last Kohlen zur Luht, hier löschte ein anderer das weißgeglühte Eisen im dampfenden Wasser,

dort wurden zierliche Stahlklingen glatt und blank gemacht, hier versuchte sich der Lehrling an der Vernietung einer Halsberge.

Die Gewerbe der Messerer, der Waffenschmiede und Harnischer waren hier in eins verschmolzen, und in der Mitte der tobenden Schaar stand der staltliche Meister, mit prägendem Blicke einen Turnier- und Brechhut musternd, der soeben fertig war.

„Grüß Dich Gott, Thomas!“ rief ihn Gerhard an: „Wie steht's alter Durche? Was macht mein Stohdeggen? sitzt er noch im Kofte, oder kann sich ein Mädel darin beugeln?“

„Der Kaspar dort im Winkel puht gerade den Bügel,“ erwiderte Thomas, „wollt Euer Schwert betrachten, lieber Herr. Ich habe den Griff mit bayerischen Hauben beschlagen lassen. Er sieht fürnehmer aus, und hastet sicherer in der Faust.“

Gerhard schritt auf den bezeichneten Kaspar los, und der Meister wendete sich verwundert zu Dagobert:

„Womit kann ich Euch dienen, geistlicher Herr?“ fragte er, „Euer Gewand ist ein unerhörter Gast in meiner Werkstatt. Schwert und Panzer bedürft Ihr nicht; die Messer zu Eurer Tafel besorgt eure Küchenmagd, und ich habe nicht einmal eine Tochter, noch ein Weib, denen zu Gefallen man sich schließlich wohl einmal in die rüstige Höhle eines Schmieds verirren möchte.“

„Ruchlose Gedanken!“ scherzte Dagobert, mit dem Finger drohend: „Vor der Hand bin ich indessen hier nur in Begleitung jenes wackern Meisters vom langen Schwerte, der sich eine Freude daraus macht, dann und wann die Kirche zu schmimen. Setzst Du indessen durchaus einen andern Grund voraus, der mich zu Dir führt, so will ich mich zu Deiner Ansicht herunter lassen, und Dir eine Frage stellen, so kurz vom Baume abgebrochen, als sich's gerade schickt. Wer ist die Frau, die in Deinem Hause wohnt, die Staltliche, prächtig Bekleidete? Mich drängt's, darüber Auskunft zu erhalten, wahr e Kunde, wohlgemerkt.“

„Um!“ versetzte Thomas schmunzelnd, und auf einen Menschen weisend, der mit verchränkten Armen und lächelndem Gesichte herzutreten und aufgehört hatte: „Ihr könnt Euch an keinen bessern Rundmann wenden, als an diesen, hochwürdigern Herr! Er weiß von seiner Gebieterin vortrefflich zu berichten.“

Dagobert beschaute flüchtig das Antlitz des Empfohlenen, und fand es gemein, einer breiten Ofenlarve nicht unähnlich, aber geeignet, Vertrauen einzufößen.

„Es ist weiter auch kein Geheimniß dabei; sprach der Breitstirnige gleichmüthig: „meine Herrin nennt sich das Erbfräulein von Baldergrün am Horzwalde. Sie ist, wenn nicht die reichste, doch auch nicht die ärmste Edelfrau. Zwei freie Sassen zinsen ihr, und, mich dazu gerechnet, zählt sie sechzehn Hals eigene, die ihr dienen.“

„Wird sie lange hier verweilen?“ fragte Dagobert mit steigender Theilnahme.

„Weiß nicht,“ erwiderte der Knecht achselzuckend: „doch sollt ich's vermuthen. Es heißt, sie werde sich hier vermählen.“

„Vermählen!“ rief Dagobert rasch: „Mit wem!“

„Meiner Treu!“ lachte der Knecht: „Zwei lassen ihr die Wahl. Der Herr von Königssee, oder der von Montfort, einer von Weiden wird's am Ende sein.“

„Ich danke Dir!“ versetzte Dagobert unwillig, ohne der Ursache sich bewußt zu sein, und kehrte dem Bericht der Klüden zu. Gerhard trat just mit seiner schöngeputzten Waffe herbei, und pries dem Jüngling ihre Vorzüge. Dieser überhörte jedoch alles, was der Bewehrungskundige von Bügel, Korb, Stahlschmitt, Knopf und Spitze sprach, und ging mit ihm hinaus, ohne von Meister und Knecht Abschied genommen zu haben. Thomas schüttelte den Kopf, und die Gesellen thaten's ihm nach. Sie konnten den jungen Geistlichen nicht begreifen; am wenigsten konnten's diejenigen, die ihn vor einer halben Stunde in rüstigem Fauststreit gesehen hatten, und nun sein blödsinniges Wesen nicht zu reimen vermochten. Der Knecht jedoch vermochte es am besten: „Dem hat's mein Fräulein angethan;“ brummte er pfiffig in den Bart, und ging

Recht übermächtige und wenig ordnungsliebende Leute scheint das märkische Städtchen Dahme in seinen Mauern zu beherbergen, wie aus einer Verfügung zu schließen ist, die vor Kurzem die dortige Polizeiverwaltung publizirt hat mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß ihre Beamten angewiesen worden seien, auf die Befolgung der Vorschriften streng zu achten und jeden Kontraventionsfall zur Anzeige zu bringen. Die Verordnung lautet: „Da jeder Einwohner verlangen kann, daß auf den zum gemeinsamen Gebrauch bestimmten Straßen usw. Ordnung, Ruhe und Anstand herrsche, so ist Alles, was dem zuwiderläuft, verboten. Insbesondere ist alles unnütze Schreien, Rufen, Nennen, sowie alles unanständige Singen auf den Straßen, besonders zur Nachtzeit, sowie alle Neckereien gegen schwachsinrige oder trunksene Personen und sonstiges Betragen (?) verboten. Bei Exzessen, wodurch die Ordnung und Ruhe auf den Straßen bei Tags- oder bei Nachtzeit gestört wird, hat der Störer, vorbehaltlich der gesetzlichen Strafe, zu gewärtigen, daß er sofort arretirt und einstweilen zur Haft gebracht werde. Alles Zusammenbringen auf der Straße, wodurch diese, wenn auch nur theilweise, gesperrt und die Ruhe und Ordnung gestört wird, insbesondere bei öffentlichen Gelegenheiten, ist zu vermeiden. Dahme den 6. April 1898 u.“

Zweiterlei neuer grober Unfug. Der Straßparagraf, den man als „Mädchen für Alles“ bezeichnet hat, nämlich der Kaufschulparagraf vom „groben Unfug“ hat neuerdings, obwohl man dies für unmöglich halten sollte, eine sehr beachtenswerthe Erweiterung seiner Anwendungsmöglichkeiten erfahren durch ein uns mitgetheiltes Erkenntniß des Straßenrats des Oberlandesgerichts Breslau vom 19. April; durch das Erkenntniß ist der Gastwirth Weimann in Reinerz, der an seinem weitbekannten herrlichen Parket-Abblassement „Zur Schmelze“ an der Weidmühl einer ihm unangenehmen Nachbarschaft wegen einer hohen und häßlichen Bauzaun errichtet hatte, wegen Uebertretung der Sanpolizeiverordnung für den Regierungsbezirk Breslau vom 1. März 1883 in Verbindung mit einer Uebertretung des § 360 Nr. 11 Strafgesetzbuchs (grober Unfug) zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Der „grobe Unfug“ wurde vom Gerichtshofe erblickt „in der Belästigung des ästhetischen Gefühls des Publikums durch die überaus geschmacklose und störende Holzwand an einem der schönsten Punkte des Thales“. Wenn erst das ästhetische Gefühl unter dem „Schutz“ des groben Unfug-Paragrafen gestellt wird, dann wird der Staat alsbald nur bildschöne Richter anstellen müssen, sonst könnte es einem Kläger, der einem häßlichen Richter gegenübersteht, einfallen, ihn zu beanstanden, weil der Richter sein ästhetisches Gefühl verlege. — Wegen groben Unfuges ist gegen das polnische Blatt „Dziennik Kujawski“ Anklage erhoben, weil das Blatt im Anzeigenthel eine Annonce veröffentlicht hat, in der ein Uhrmacher Uhren und verschiedene Schmuckgegenstände, welche mit dem polnischen Reichsadler und der Aufschrift „Boze zbaw Polske“ (Gott erlöse Polen) versehen waren, zum Kauf empfohlen habe. In der Staatsanwaltschaftlichen Anklageschrift wird behauptet, daß das Inserat, insbesondere aber die demselben beigefügten Abbildungen der betreffenden Gegenstände, die patriotischen Gefühle der deutschen Bevölkerung in hohem Grade verletzt hätten und geeignet gewesen seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden. Auch gegen den Uhrmacher soll Anklage erhoben worden sein.

Ein heiteres Polizeiknäuschen. Wenn bisher Sachsen in puncto Polizeifindigkeit Allem voran war, so ist es jetzt doch um eine Nasenlänge von einer preussischen Polizeibehörde am „Deutschen Rhein“ geschlagen worden. Folgende Verfügung, die uns vorliegt, diene der Scheiterung unserer Leser:

Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, 16. Februar 1898. Journal-Nr. 211 11/952, 11. Da nach mehrfachen Entscheidungen Rathstellen als selbstständige Vereine anzusehen und daher für verpflichtet zu erachten sind, ihre Mitglieder bei der Ortspolizeibehörde des Ortes der Rathstelle anzumelden, sowie jede Veränderung der Statuten und der Vereinsmitglieder binnen 8 Tagen nach eingetretener Veränderung zur Kenntniß der Ortspolizeibehörde zu bringen, so gestatte ich mir auf die §§ 2 u. 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zur genaueren Beachtung ergebenst aufmerksam zu machen. J. W. (Name unleserlich.)

Die Vorlesenden der Rathstelle der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands (E. S.) Hamburg, Herr Jos. Straßmann, hier, Untermauerstraße. Also der Herr Oberbürgermeister von Duisburg möchte schon gar die Krankenkassen unter die schließenden Fittige des preussischen Vereinsgesetzes stellen. Nun, der Versuch — und dieser Versuch ist nicht strafbar — ist gemacht, aber dabei wird es auch bleiben. Doch betrachten wir uns die Sache etwas näher. In Nr. 108 der „Märgerzeitung“ vom 9. Mai 1886 war eine im Auftrage der Minister für Handel und Gewerbe und des Innern von dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erlassene Entscheidung abgedruckt, die wie folgt lautete:

Die örtlichen Verwaltungskassen eingeschriebener Rathstellen sind nicht verpflichtet, der Aufsichtsbehörde Mitgliederverzeichnisse einzureichen bezw. von dem Beitritt neuer Mitglieder Anzeige zu machen. Vielmehr ist nur das Anmelden von Mitgliedern der Aufsichtsbehörde oder der von derselben errichteten gemeinsamen Meldestelle anzuzeigen. (§ 27 Absatz 2 des zitierten Gesetzes und § 76 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 16. Juni 1883) Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.

Also was zwei Minister und ein Oberpräsident in Preußen selbst zur Zeit des Sozialistengesetzes für nicht zulässig erklärten, das feiert man in Duisburg als neu entdeckt und für — gesetzlich erheischend. Sachsen, du bist geschlagen!

Der wohlthätige Fürstbischof von Prag. Der Fürstbischof von Prag ist ein frommer und wohlthätiger Herr. Alljährlich giebt er von seinem Millionen Einkommen mehrere Hundert Gulden Almosen, und was er den Kirchen und sonstigen frommen Anstalten schenkt, läßt sich gar nicht beschreiben. So sann er vor einigen Jahren wieder einmal darüber nach, was er Gutes thun könnte, und da fiel ihm plötzlich ein, daß die Sträflinge der Pantrazer Strafanstalt in ihrer Kapelle nicht einmal eine Marienstatue haben. Das that Seiner Eminenz in der Seele weh. Er that einen tiefen Griff in den Sack und schenkte der Kapelle der Strafanstalt eine Marienstatue mit schönen, großen, funkelnden Edelsteinen. Und alle Zeitungsschreiber schrieben sich die Finger wund von dem frommen und wohlthätigen Fürstbischof, der so große Opfer bringe, um einige arme Seelen aus dem Fegefeuer zu retten. Die armen Sträflinge dankten Gott, daß er einen solchen Wohlthäter zum Erzbischof von Prag gemacht. Und sie gingen von jetzt an sehr fleißig in die Kapelle; namentlich einer von ihnen, Namens Sylvester Sticha, betete sehr viel vor dieser Marienstatue, so daß sich der Katechet der Strafanstalt über die bekehrten Sünder mehr freute als über hundert Fromme. Einige Tage nachdem der frommgewordene Sticha entlassen worden war, erstattete ein Tröbder die Anzeige, daß ihm jemand schöne, große Edelsteine zum Kauf angeboten habe, die wahrscheinlich gestohlen seien. Die Polizei verhaftete den Verkäufer und erkannte in ihm den frommen Schwester Sticha und in den funkelnden Edelsteinen die Edelsteine, die mit der Marienstatue Seine Eminenz der Fürstbischof von Prag der Pantrazer Strafanstalt geschenkt hatte. Jetzt war es auf einmal klar, warum Sticha plötzlich so fromm geworden war und so fleißig vor der Marienstatue gebetet hatte. Da die Edelsteine, die ja ein Geschenk des großen Wohlthäters, des Erzbischofs, waren, offenbar mehrere Tausend Gulden werth sein mußten, wurde Sticha wegen

Verdrehens des Diebstahls in Untersuchungshaft gesetzt. Als man aber die Edelsteine schähen ließ, stellte sich heraus, daß es keine echten Edelsteine, sondern ganz werthlose Nachahmungen sind. Sticha wurde daher ganz wegen Uebertretung des Diebstahls angeklagt und zu drei Wochen Arrest verurtheilt. In Prag spricht man aber von nichts als von dem theueren Geschenk des frommen und wohlthätigen Fürstbischofs.

Literarisches.

Von Band IV des „Volk-Lexikon“, herausgegeben von Emanuel Baum, Verlag von W. B. n. Co., Nürnberg, sind 5 Hefte (Nr. 78—82) erschienen, in denen folgende Artikel enthalten sind: Kabfahrerwesen, Kaudthiere (Stange-thiere), Kaudvogel, Recht (das Wesen und die Gattungen desselben), Reformations (deren Führer, Bewegung und Bedeutung), Reichslande (Elsaß und Lothringen), Religion (deren Begriff und Arten, Unsterblichkeitsglaube, Polytheismus, Monotheismus usw.), Religionsgesellschaften, Freireligiöse Gemeinden, Religiöse Arbeitervereine, Neusch. u. d. i. Linie (Friedenshäuser, deren Industrie, politische und gewerkschaftliche Bewegung), Rhythmus, Röhrenblinnde (Blinder — Zweifelsunfähige), Römische Geschichte, Rosenblumige Pflanzenarten, Rumänien (dessen Gebiet, Flüsse und Städte), Rindvieh (dessen Zucht, Landwirthschaft und Industrie, Provinzen, seine Geschichte und Herrscher), Russische Literatur, Sachverständigen, Sachsen (Königreich, dessen Industrie und Städte), Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar, Herzogthümer, Salvador (Republik Centralamerikas), Salzsteuer, Säugthiere, Schall und dessen Fortpflanzungen, Schaumburg-Orten, Fürstenthum, Schiffswesen, Schiffsahrt, Seeschiffahrt (deren Fahrzeuge), Schiffsahrtsgesetze, Seerecht, Schiffbruch, Schiffsmannschaften (Hafenarbeiter und deren Berufsarten), Schlangen, Schildkröten, Schmetterlinge (deren Arten), Schnecken (Weichtiere), Schneider (Konfektionsarbeiter), Schrift (deren Arten und Vereinfachungen), Schreibschrift, Stenographie, Schriftsteller, Schuhmacher, Schulwesen, Anfang. Mit Heft 77 schloß der dritte Band; demselben ist ein Stichwortregister nicht beigegeben, da nach Vereinbarung des IV. Bandes ein General-Register herausgegeben wird, das die Band-Register überflüssig macht und alle vorkommenden Stichwörter in alphabetischer Uebersicht enthält. Vordr. I, II, III sind gebunden in geschmackvollen Einbanddecken, wie lieferungsweise in Heften (à 20 Pf.) zu beziehen. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volk-Lexikon kann durch alle Buchhandlungen, Kolportage u. s. w. und auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 7533, im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 825 eingetragen.

Zielbewußt.

Aus der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.“

Ich will nicht betteln, bitten
Noch um mein gutes Recht,
Wid auch nicht klagen, winseln
Und ging's mir auch so schlecht.
Das Bitten und das Betteln
Bleibt mir dem feigen Nicht,
Das Klagen und das Winseln
Pflzt aus den Mäulern nicht.

Ich will nicht muckern, heucheln
Und nach dem Wind mich dreh'n,
Nach nicht mit offnem Munde
Als dumme Laffe stehn.
Das Heucheln und das Muckern
Ist schlechter noch als Nicht —
Dem blöden Ueberhande
Wird immermehr sein Recht.

Ich will nicht sinnen, säumen,
Verpassen meine Zeit,
Wid auch nicht grübeln, träumen
Bei meiner Brüder Streit —
Nein, kämpfen will ich, ringen
Mit ihnen, Tag für Tag,
Für Menschenrecht und Freiheit,
Soviel ich es vermag.

Und kann ich auch, wie Moses,
Zu Fernen nur erschau'n,
Zu Lande der Verheißung,
Die immergrünen A'u's.
Bleibt mir auch selbst verschlossen
Die bessere Lebensbahn,
So helf' ich doch erkämpfen
Das neue Kanaan.

hinan, seiner Herrin zu berichten, es sei nun nicht mehr nöthig, nach dem jungen Manne zu forschen, wie sie ihm geboten; dieser habe selbst sich schon nach ihr befragt, und nur eines Winkes bedürfe es, ihn ihrem Befehle gehorsam zu machen, wenn sie anders Lust habe, ihm Befehle zu ertheilen.

Siebentes Kapitel.

In Treenen fest
Wär wohl das Best,
Doch hältst du es nicht fest in Ehren:
Du Minnelieb,
Der du zum Lieb
Nur, was dir nicht ziemt, wilt begehren!
Fastnachtspiel.

Seit mehreren Tagen hatte sich Dagobert nicht im Hause seines Oheims blicken lassen, und wurde doch von dem Aelteren, wie von dessen Freundin Fiorilla sehnlichst erwartet, wenn gleich aus verschiedenen Beweggründen. Sein endliches Erscheinen nach dem sonntäglichen Hochamte befriedigte die seiner hartenden Seelen. Zum großen Befremden des Jünglings schien weder der geistliche Zuschnitt seines Rockes, einen besonders günstigen Eindruck auf den Prälaten zu machen. Im Gegentheil: Er bewillkommte den Neffen finster und kalt; Fiorillas bedeutende Geberden und schwezes Fortschleichen wiesen auf Sturm. „Ist es also,“ — begann Monsignore, nach langer ungewisser Pause, — „ist's also, daß man sich vorbereitet zu dem heiligen Staube, den man zu ergreifen gedenkt, nach Gottes und des Oheims Willen? Schämte Dich dessen, was ich von Dir vernehmen mußte!“

Dagobert fragte schüchtern nach der Sünde, die er begangen haben sollte.

„Du willst nicht wissen, Dich nicht entfennen!“ rief

der Prälat, „verstockter, unbußfertiger deutscher Lollkopf! Ich will Dir erklären was ich meine: Ein Jüngling von allbürgerlichem Geschlecht, zum Dienst der alleinseligmachenden Kirche bestimmt, in ihr Friedenskleid gehüllt, wird auf offener Straße ein faulfertiger Klopffechter, des Böbels Widerpart! Um einen Keper zu verteidigen, schlägt er seinen Christen zu Boden! Das kann nur ein Deutscher thun, der ein gewaltig zahmes Herz liegt und, dies seinem Gegner zu beweisen, demselben kaltblütig eine Handvoll Haare, ein halbes Duzend Zähne oder ein Auge ausreißt. Schämte Dich, berene und bitte jogedachte Frevel dem Herrn der Heerschaaren ab. Noch einmal ein Wort für den Keper verloren, — noch einmal zu seinen Gunsten die Faust gezückt und ich ziehe meine Hand von Dir ab.“

Keine Einwendung! Ich weiß wohl, daß Ihr in Deutschland selbst im Chorrod das grobe bäurische Wesen nicht ablegt, daß Ihr adelig thun nennt; daß Eure Bischöfe und Stiftsherren sogar zu Saule steigen und Eure Turnereien und Ringelrennen mitmachen, als wüßten sie nichts anders zu treiben, als solche sündliche Lustbarkeiten. An Dir jedoch will ich dies Urtheil nicht erleben. Bereue demnach und begiebt Dich in Demuth hinweg, um Dich vorzubereiten auf den Besuch, den Du morgen bei Sr. Eminenz dem Erzbischof von Ravenna ablegen wirst. Ich taste heute bei dem hochwürdigsten Herrn, und will den gerechten Lohn, den er gegen Dich empfindet, welchen ich bereits seiner Gunst empfohlen, in die gewohnte Milde umzustimmen suchen. Doch thue ich dieses nur dies erste- und einzigmal; wohl zu merken. Entferne Dich!“

Dagobert nahm die Predigt stillschweigend hin, verließ ebenso das Gemach, und wurde von Fiorilla, die seiner auf dem Vorplage wartete, unter Bedeutung der nöthigsten Heimlichkeit in ihre Stube gewiesen.

„Monsignore hält seinen Imbiß heute auswärtig“,

flüsterte ihm die Schläue zu, „bleibt bei mir zu Gaste und rührt Euch nicht, bis der Dym von dannen ging.“

Dagobert ließ das Mädchen lächelnd gewähren, und verschmähte die ledre Kost an dessen Seite nicht. Nach einer langweiligen Stunde verließ der Gheime das Haus, und Fiorilla rüstete die Tafel mit ausgesuchter Bierlichkeit. Die Speisen wurden durch sie selbst heraufgeschafft, der umherlauende Diener mit einem Trinkgeld vergnügt, und in's Weinhaus gesandt; die Thüre verschlossen, und Wase und Kette setzten sich in friedlicher Einsamkeit zu dem Mahle, geschmückt von den Kränzen der Ceres und des Bacchus. Fiorilla hätte nicht ungerne den kleinen heidnischen Gott, der gewöhnlich die Dreizahl voll macht, mit in die Gesellschaft gezogen. Aber umsonst. So freundlich ihre Worte und Geberden den kleinen Schall einluden, so blieb er doch aus; er scheute sich vor Dagoberts Unempfindlichkeit, die, im Anbeginn unter der gleißenden Larve des unbefangenen Frohsinns verborgen, gegen Ende der Mahlzeit in ein nachdenkliches Schweigen überging. Fiorillas Spott rüttelte ihn aus demselben.

„Da plaudre ich nun, und plaudre mir die Junge lahm,“ rief sie schäudernd, „und Ihr sitzt da, wie aus Holz geschnitten. Bekennst, was Euch so fühllos gegen die Rede einer jungen muntern Dirne wach, die Euch für ihr Leben gern gefallen möchte. Was ist's, daß Eure Lustigkeit bergestalt herabstimmte konnte? Ist's die Zukpredigt Eures Oheims, so schlägt sie Euch lähn aus dem Sinn. Er ist auch kein Heiliger. Ist's die Erinnerung an ein verlassenes Liebchen, so vertraut Euren Kummer meiner uneigenmächtigen Freundschaft. Oder wäre es vielleicht die Werbung um meines Herzens Gunst, die Euch auf der Junge sitzt, und muthlos, sich nicht auszusprechen wagt. . . ? nur led' heraus damit. Wer weiß, sagte ich, „Nein“ darauf.“

(Fortsetzung folgt.)